

AUS DEM LANDTAG

Von: schl Redaktion

Mittwoch, 15.12.2010

EnBW-Aktien-Kauf: Kretschmann wirft Mappus Machtmissbrauch vor

STUTTGART. Bei der Abstimmung über den Rückkauf der Aktien des Energieversorgers EnBW vom französischen Energieversorger EDF kam es im Landtag an diesem Mittwoch zum Eklat: Sozialdemokraten und Grüne verließen aus Protest über die Art und Weise, wie das Geschäft abgewickelt worden war, den Saal. Die Fraktionen von SPD und Grünen seien nicht bereit „als Staffage“ an der Abstimmung teilzunehmen, hatte SPD-Fraktionsvorsitzender Claus Schmiedel zuvor erklärt. Die Abgeordneten der Regierungsfaktionen stimmten dem Wiedereinstieg und dem damit verbundenen Nachtragshaushalt zu.



Am Montag vergangener Woche hatte Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) überraschend bekannt gegeben, dass das Land den Anteil der EDF an der EnBW zurückkaufen werde, jenen Anteil von 45 Prozent, den das Land im Jahr 1999 an die EDF verkauft hatte. Der Verkauf erfolgte zu einem Preis von 41,50 Euro je Aktie. Der Preis schließt den Dividendenanspruch für 2010 mit ein. Insgesamt ergibt sich daraus ein Kaufpreis von 4,67 Milliarden Euro. Ein Deal, für den der Regierungschef nun in einer Regierungserklärung im Parlament warb.

ÜBERNAHME VON GARANTIEN UND GENEHMIGUNGEN IM UMFANG VON 5,9 MILLIARDEN EURO

Der Finanzausschuss hatte an diesem Dienstag mit den Stimmen der Regierungsfaktionen von CDU und FDP bereits dem nun im Landtag verhandelten Gesetzentwurf zur Übernahme von Garantien und Genehmigungen in einem Umfang von 5,9 Milliarden Euro zugestimmt. Darin enthalten sind neben dem Kaufpreis von 4,67 Milliarden Euro eine weitere Milliarde Euro enthalten, die das Land nach Aussagen von Mappus benötigen würde, wenn alle Aktionäre mit Ausnahme des Zweckverbands Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) ihre Anteile an das Land verkaufen wollten. Zu diesem Übernahmeangebot ist das Land gesetzlich verpflichtet. Mappus geht jedoch davon aus, dass diese Summe nicht benötigt wird, da er bei den Kommunen, die noch Anteile an der EnBW haben, kein Verkaufsinteresse erwartet. Allenfalls zwei Prozent der Anteile, die sich derzeit im Streubesitz befinden, könnten zum Verkauf angeboten werden.

Die Oppositionsparteien hingegen warfen Ministerpräsident Mappus vor, bei dem Geschäft die Rechte des Parlaments verletzt zu haben. Kretschmann sprach von „Machtmissbrauch“, von der „Verbiegung eines Verfassungsartikels wie es dieses Land noch nie erlebt hat“. Denn Mappus hatte sich beim Rückkauf der EnBW-Aktien auf das Notbewilligungsrecht nach Artikel 91 des Landesverfassungsbefugnisse. Demnach darf der Finanzminister die Genehmigung für die...